



Das Berufsschulnetz zukunftsfähig gestalten

Bildungsministerin Dr. Birgit Klaubert hatte zur Auftaktveranstaltung eingeladen

Auf Einladung der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Dr. Birgit Klaubert, fand am 4. März in Erfurt eine Auftaktveranstaltung für die Berufsschulnetzplanung statt. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter der Handwerkskammern, der Gewerkschaften, der Landeserschülervertretung, der Landeselternvertretung, der Berufsschulen sowie der Berufsschullehrer und Kommunen.

Diese Auftaktveranstaltung ist der Beginn eines Prozesses, welcher mit verschiedenen Regionalkonferenzen dieses Jahr fortgesetzt werden soll. Ziel der Regionalkonferenzen soll eine einvernehmliche Einigung aller Beteiligten für ein zukunftsfähiges Berufsschulnetz für ganz Thüringen sein, welches auch die Fläche des Landes mit einbezieht und nicht nur auf die Schwerpunkte entlang der A4 setzt. Bis zum Schuljahr 2016/2017 soll diese neue Struktur in Kraft treten.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte Ministerin Klaubert die momentane Situation in Thüringen vor. Seit 2001 hat sich die Anzahl der Berufsschülerinnen und Berufsschüler nahezu halbiert und liegt heute bei rund 42.000. Dieser Abwärtstrend wurde zwar gestoppt, doch wird in den kommenden Jahren kein signifikanter Anstieg erwartet. Hingegen ist die Anzahl der Berufsschulen von 58 nur auf 42 in den letzten fünfzehn Jahren gesunken. Fast ein Drittel aller Berufsschulklassen ist dabei unterfre-



quentiert besetzt. Allein diese Zahlen weisen schon auf den dringenden Handlungsbedarf hin.

Die eingeladenen Gäste äußerten ihre Erwartungen an die kommende Berufsschulnetzplanung. An erster Stelle stand bei allen Beteiligten, die Wohnortnähe bzw. die Erreichbarkeit. Denn gerade für jüngere Berufsschülerinnen und Berufsschüler ist eine weit entfernte Schule ein Hemmnis, den gewünschten Beruf zu ergreifen. Eine wohnortnahe Beschulung ließe sich z.B. durch das Zusammenfassen von Fachklassen umsetzen. Weiterhin wurde darauf aufmerksam gemacht, dass auch die technischen und personellen Ausstattung der Berufsschulen Berücksichtigung finden, um qualitativ hochwertige Ausbildungen zu gewährleisten. Außerdem wurde angeregt die Landesfachklassen gerecht zu vertei-

len und für die Ansiedlung länderübergreifender Fachklassen zu werben. Nicht zuletzt wurde der Wunsch geäußert, dass der entstehende Berufsschulnetzplan endlich für alle Beteiligten auch verlässlich sein soll.

Ich unterstütze das Vorhaben von Ministerin Klaubert vollkommen. Zum ersten Mal werden wirklich alle Betroffenen an einen Tisch geholt, um in Augenhöhe miteinander über die längst überfällige Neustrukturierung zu verhandeln. Der Ansatz der Ministerin, eine einvernehmliche Einigung aller Beteiligten zu erzielen, ist mehr als lobenswert. Ich denke, dass wir nur so ein verlässliches und zukunftsfähiges Berufsschulnetz auf den Weg bringen können.

*Kati Engel, Sprecherin
für Ausbildung, Kinder und
Jugend der Fraktion DIE LINKE*

AKTUELL

Gesetzesentwurf zur Bildungsfreistellung

In der Sitzung des Thüringer Landeskabinetts am 3. März war ein Entwurf für ein Bildungsfreistellungsgesetz vorgelegt worden. Dazu erklärte Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Fraktionschefin im Landtag und Parteivorsitzende in Thüringen:

„Dieses Gesetz ist ein wichtiger Schritt bei der Ausgestaltung Thüringens als Ort für gute Arbeit und gute Bildung. Die rot-rot-grüne Landesregierung löst damit innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Regierungszeit eine Zusage ein, die bereits zwei Vorgängerregierungen gemacht und gebrochen haben.“

„Mit der weitgehenden Sicherung des individuellen Rechtsanspruchs auf Bildungsfreistellung gehen wir ei-

ne wichtige Etappe hin zu einer Modernisierung des Thüringer Arbeitsmarktes“, unterstrich dazu auch der Bildungsexperte der Linksfraktion, Torsten Wolf.

„Die Beschäftigten in Thüringen mussten lange auf die Möglichkeit von Bildungsfreistellung warten, die in fast allen anderen Bundesländern seit Jahren gegeben ist. Rot-Rot-Grün beseitigt nun mit einem ausgewogenen Gesetz diesen Rückstand und tut damit etwas für die Attraktivität des Lebens- und Arbeitsortes Thüringen. Damit beweist die neue Landesregierung mehr Handlungsfähigkeit als die Vorgängerregierungen“, fügte die Fraktionsvorsitzende hinzu.

Auf ein Schreiben zum in den letzten Wochen bereits heftig diskutierten Bildungsfreistellungsgesetz, das der Vor-

standsvorsitzende der AWG „Rennsteig“ aus Suhl, Frank Brösicke, an alle Südhöthüringer Landtagsabgeordneten der LINKEN gerichtet hatte und in dem eine Reihe von Bedenken gegen ein solches Gesetz formulierte, haben für die Linksfraktion Ina Leukefeld, direktgewählte Abgeordnete des Wahlkreises 21 (Suhl-Zella-Mehlis-Oberhof) und arbeitspolitische Sprecherin, sowie der Abgeordnete Knut Korschewsky, Leiter des Arbeitskreises Wirtschaft und Wissenschaft, mit einem offenen Brief reagiert. Sie wiesen darin u.a. darauf hin, dass Thüringen zu den nur noch drei Bundesländern gehört, die nicht über ein solches Bildungsfreistellungsgesetz verfügen (der offene Brief auf den Internetseiten der Linksfraktion unter www.die-linke-thl.de - Pressemitteilungen).

KOMMENTIERT:

von Christian Schaft

Drittmittelwerbung

Wie der MDR kürzlich berichtete, habe eine Umfrage unter den Universitäten in Thüringen ergeben, dass diese im vergangenen Jahr teilweise deutlich mehr Drittmittel erhalten haben als im Vorjahr. Allein die TU Ilmenau, die Uni Jena und die Bauhaus Universität Weimar bekamen zusammen über zehn Millionen Euro mehr. Drittmittel sind Gelder, die nicht zur Grundfinanzierung der Hochschulen durch die Länder gehören. Es handelt sich um Einnahmen, die z.B. von Unternehmen, Stiftungen oder seitens der EU meist projektgebunden zur Verfügung gestellt werden.

Die zukünftige Finanzierung der Hochschulen in Thüringen müssen wir so gestalten, dass hohe Drittmiteleinnahmen nicht weiter zum Credo guter Lehre und Forschung erklärt werden. Mit der anstehenden Diskussion über die Rahmenvereinbarung IV muss gemeinsam mit den Hochschulen und ihren Statusgruppen über konkrete Maßnahmen und finanzielle Möglichkeiten zur Verbesserung der Studienbedingungen, Beschäftigungsverhältnisse und weiterer Rahmenbedingungen beraten werden. Dazu muss die Grundfinanzierung durch das Land gestärkt werden, wie in der Hochschulstrategie vorgesehen. Zudem soll auch die Transparenz erhöht werden, um die Frage zu klären, wofür die Mittel aus der Wirtschaft konkret verwendet werden und um nachvollziehen zu können, wie hoch der Anteil an Mitteln aus den Programmen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Privatwirtschaft ist.

Eine Studie des Forschungsinstituts für Bildungssystem- und Sozialökonomie hatte zudem erst kürzlich belegt, dass Drittmittel zu Lasten der Lehre gehen. So schließen der Studie zufolge in Fachbereichen, die stark über Drittmittel finanziert werden, weniger Absolventinnen und Absolventen ihr Studium ab und auch der Anteil an Studierenden, die in Regelstudienzeit abschließen, ist geringer. Dies zeigt auch die TU Ilmenau exemplarisch: Dort wurden 2014 fast 47 Millionen Euro an Drittmitteln eingeworben. Die Zahl der BA-Studierenden, die in Regelstudienzeit abschlossen, lag hingegen bei weniger als sechs Prozent.

Christian Schaft ist hochschul- und wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE